

Editorial

Im Koalitionsvertrag haben sich die Regierungsparteien darauf verständigt, dass sowohl die ambulante Honorarordnung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (EBM), als auch die Gebührenordnung der Privaten Krankenversicherung (GOÄ) reformiert werden müssen. Ziel sei ein modernes Vergütungssystem, das den Versorgungsbedarf der Bevölkerung und den Stand des medizinischen Fortschritts abbildet. Eine wissenschaftliche Kommission soll bis Ende 2019 entsprechende Vorschläge vorlegen.

Das wird nicht einfach werden, wie ausgewiesene Experten in diesem Heft darlegen. Eine einheitliche Vergütung in unserem dualen Versicherungssystem würde auf vielerlei systemimmanente Hindernisse stoßen und der politischen Absicht so einer Zwei-Klassen-Medizin zu begegnen zuwiderlaufen, meinen die Autoren. Deren Argumente dürften in der weiteren Diskussion sicher noch eine gewichtige Rolle spielen.

Nicht minder interessant ist der Einfluss Europas auf unser subsidiär gestaltete Gesundheitswesen – ein Wert, den es zu erhalten gilt, so der Appell unseres Autors im zweiten Beitrag dieses Hefts.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Jürgen Stoschek
Geroldsreuth 61
95179 Geroldsgrün

Zur Diskussion gestellt

Einheitliche Vergütung im dualen
Krankenversicherungssystem?

*Rainer Hess | Gregor Thüsing | Volker Ulrich |
Eberhard Wille | Ferdinand Wollenschläger*

27

Wieviel Europa verträgt unser Gesundheitswesen?

„EU-Vertiefung“, Subsidiaritätsgebot und das deutsche
soziale Gesundheitswesen 2018

Günter Danner

39

Mitteilungen der Gesellschaft

1. GRPG im Dialog:
Perspektiven der Gesundheitspolitik –
zwischen Pflicht und Kür

44